

Bezugspreis:

Wochenblatt 16.50 Mk., monatlich 5.50 Mk. ...

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit“ erscheint wöchentlich zweimal Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse:

„Sozialdemokrat Berlin“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: S.W. 68, Lindenstr. 3. ...

Freitag, den 5. März 1920.

Vorwärts-Verlag S. m. b. H., S.W. 68, Lindenstr. 3. ...

Anzeigenpreis:

Die achtspaltige Nonpareilzeile ...

Internationale Anleihe für Deutschland.

Amsterdam, 5. März. Laut „Ewing Standard“ hat der Oberste Rat beschlossen, Deutschland zu gestatten, eine internationale Anleihe auszusprechen ...

In New Yorker Bankkreisen soll laut „Telegraph“ sehr wenig Begeisterung für den Plan, eine internationale Anleihe für Deutschland auszugeben, herrschen ...

Der Oberste Rat der Alliierten hat auf seiner Londoner Tagung ein wirtschaftliches Manifest ausgearbeitet, dessen Veröffentlichung im Wortlaut bevorsteht ...

Diese Auffassung läßt sich in den Satz zusammenfassen, daß unbeschadet der finanziellen Ansprüche, die von den Siegern an die Besiegten gestellt werden ...

Nach Mitteilungen des Wiener Korrespondenzbureaus aus Paris soll das Londoner Manifest in zwei Teile zerfallen, dessen erster Teil folgende Maßnahmen empfiehlt:

- Daß eine größere Menge Rohstoffe an Deutschland geliefert werden soll;
Daß die Alliierten an dem Wiederaufbau Deutschlands mitwirken sollen, da dieses für ganz Europa von Wichtigkeit ist ...

Der zweite Teil des Manifestes soll folgendes Programm enthalten:

- Müßte zum direkten Taufsyste in jenen Ländern, deren Valuta vollständig erschüttert ist;
Herstellung einer gemeinsamen finanziellen Grundlage für die von der Pariser Konferenz neu geschaffenen europäischen Staaten;
Entscheidene internationalisierte Maßnahmen zur Stabilisierung des Wechselkurses;
Wichtige Maßnahme über den Ausbau der Wasserstraßen.

Die Veröffentlichung des Manifestes verzögert sich deshalb, weil mit Frankreich noch kein vollständiges Einverständnis erzielt worden ist. Der offizielle Pariser „Tempt“ erklärt nun, die französische Regierung habe zwei Stellen beanstanden, nämlich diejenigen wegen der Beziehungen Sowjetrußlands zu den Randstaaten und wegen der Anleihe, die Deutschland in neutralen Ländern zum Ankauf von Lebensmitteln und Rohmaterialien solle abschließen dürfen.

Es ist danach zu befürchten, daß das wirtschaftliche Friedensprogramm des Obersten Rates eine starke Verwässerung erfahren wird, es sei denn, daß es noch gelänge, die französischen Bedenken zu zerstreuen. Die Unterstellung der deutschen Rohstoffanleihe unter die Aufsicht der Wiedergutmachungskommission, deren Vorsitzender Herr Poincaré ist, läßt befürchten, daß die Großzügigkeit der geplanten Maßnahmen eine starke Einschränkung erfahren wird.

Unwählich wird sich auch Frankreich zu der Einsicht bekehren müssen, daß es eine überaus kurzfristige Politik wäre, Deutschland bis aufs Letzte auszuländern, um dem rückwärtsstrebenden Siegeranspruch Befriedigung zu verschaffen. Aber ein Unglück ist es, daß Frankreich seinen Verbündeten auf diesem Wege der Einsicht nur zögernd nachfolgt.

Zu den Einzelheiten des Londoner Manifestes Stellung zu nehmen, wird erst Zeit sein, wenn seine Veröffentlichung mit den französischen Korrekturen erfolgt. Nur zu einer grundsätzlichen Bemerkung scheint es uns auch heute schon nicht zu früh. Ein Programm zum wirtschaftlichen Wiederaufbau Europas kann nicht Störres, ein für allemal feststehendes sein, sondern es muß elastisch sein und sich den Erfahrungen anpassen können.

Wir haben jetzt in Deutschland das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter im Betrieb eingeführt, wir haben grundsätzlich mit dem System gebrochen, daß die Subjekte der Wirtschaft in lebende Köpfe und ausführende Hände teilt, und wir könnten uns darum auch nicht mit einem Weltsystem befremden, das unser Volk als Ganzes zum nur ausführenden Organ eines Willens macht, an dessen Bildung es keinen Anteil nehmen darf.

Das wirtschaftliche Wiederaufbauprogramm muß auf die Grundlage einer politischen Verfassung Europas gestellt werden, die das gleiche Recht aller, der Großen wie der Kleinen, der Sieher wie der Besiegten, der Gläubiger wie der zu Leistung noch Kräfte willigen Schuldner verwirklicht. Dann ist der Punkt gefunden, von dem aus es für alle wieder aufwärts geht!

Beitritt zum Völkerbund.

Kopenhagen, 4. März. (Riga.) London und Kopenhagen stimmen heute dem Regierungsvorschlag betreffend den Beitritt Dänemarks zum Völkerbund zu.

Kopenhagen, 4. März. (Riga.) Nach schwedischen Blättern beschloß die Zweite Kammer des schwedischen Reichstags mit 152 gegen 67 Stimmen den Beitritt Schwedens zum Völkerbund. Die Erste Kammer verhandelt heute über dieselbe Frage.

Sowjetwahlen in Moskau.

Helsingfors, 4. März. (Riga.) Die Sowjetwahlen in Moskau für 1461 Sitze ergaben für die Kommunisten 80 Prozent der Sitze. Die Rechtsen erhielten 43 und die Unabhängigen 121 Mandate.

Die Verhandlungen zwischen Rußland und Deutschland.

Berlin, 5. März. Wie der Berliner Korrespondent der „Baseler Nachrichten“ erfährt, ist der Lenin sehr nahe stehende bolschewistische Volksbeauftragte und Minister des Auswärtigen K. K. K. in Berlin eingetroffen und hatte gestern eine zweifelhafte Unterredung mit dem Minister des Auswärtigen Hermann Müller.

Kuropatkin und Brusslow — Sowjetgenerale.

London, 5. März. Das britische Kriegsministerium teilt mit, daß die Generale Kuropatkin und Brusslow aktiv auf Seite der Sowjetregierung an den militärischen Operationen in Karabach teilnehmen.

Die letzten Gefangenen Japans.

Hamburg, 5. März. (T. N.) Die Dienststelle der Admiralität teilt mit: Nach einer telegraphischen Mitteilung aus Tokio hat der vierte Dampfer, der Ostion Maru, mit deutschen Kriegsgefangenen aus Japan am 27. Januar 1920 verlassen. An Bord befanden sich Mannschaften, zwölf Offiziere, vierzehn Vortruppenoffiziere und 582 Unteroffiziere. Dieser Transport ist der letzte der aus Japan zurückkehrender Kriegsgefangener. Der Dampfer ist am 1. Februar in Shanghai angekommen.

Die schwedische Ministerkrise.

Kopenhagen, 4. März. (Riga.) Da man mehr der Beitritt Schwedens zum Völkerbund zur Tatsache geworden ist, erwartet man den Rücktritt der schwedischen Regierung jeden Tag. Die Politik trifft bereits alle Vorbereitungen. Aus demselben Grunde hatte der König die Parteiführer zu einer Konferenz eingeladen. Wie verlautet, wird das neue Kabinett sich folgendermaßen zusammensetzen: Staatsminister Branting, Minister des Innern Palmstierna, Finanzminister Thoreson, Kriegsminister Albin-Dansson. Die Verteilung der übrigen Portefeuilles ist noch nicht entschieden.

Der Reichswirtschaftsrat wird vermitteln.

Der Vorsitzende des Reichswirtschaftsrats hat eine Erklärung abgegeben, daß auf die Tagesordnung der Sitzung vom 11. März der Streit Wirtschaftsministerium gegen Reichskapital wegen der Kapitalaufbringung für die Erfahrungs- und Neubauten gesetzt werden soll. Es wird bestimmt erwartet, daß man eine Lösung finden wird, die beide Parteien befriedigt und damit die Gefahr einer Beurlaubung oder Störung in der Kohlenförderung abwendet.

Reichsminister Koch über das neue Wahlrecht.

Vor einem Kreis von Pressevertretern hielt der Reichsminister Koch einen instruktiven Vortrag über den neuen Entwurf eines Reichstagswahlgesetzes. Er schloß vorans, daß jede Wahlkreisgeometrie und Wahlkreisänderungen unter dem Proportionalwahlrecht vollständig ausgeschlossen ist, so daß der Vorwurf parteipolitischer Tendenz gegen den Entwurf auf keinen Fall erhoben werden kann. Auch zweifelt er nicht, daß der Entwurf zu spät käme, er sei in fünf Monaten ausgearbeitet worden, schneller als irgend ein anderer Entwurf in der langjährigen Geschichte der deutschen Wahlkämpfe. Ein ideales Proportionalwahlrecht ohne alle Schattenseiten, so führte der Minister weiter aus, gibt es nicht. Ein Gesetz gebe nur dahin, ein besseres Proportionalwahlrecht als das bestehende zu schaffen. Freilich die „traulichen“ Zustände des alten Reichstagswahlrechts, wo jeder Kreis seinen Abgeordneten hatte, lassen sich unter dem Verhältniswahlrecht nicht völlig herstellen. Aber dieses alte Wahlrecht hatte auch starke Schattenseiten, wenn man bedenkt, daß Mittelparteien oft keinen einzigen „sicheren“ Wahlkreis hatten und daß z. B. bei den Septennatwahlen die Nationalliberalen in Baden mit 44 Proz. aller Stimmen 10 von 15 Mandaten erhielten, bei der nächstfolgenden Wahl mit 35 Proz. der Stimmen dagegen gar kein Mandat.

Als den Hauptmangel des Wahlrechts, nach dem die jetzige Nationalversammlung gewählt ist, bezeichnet der Minister die großen Wahlkreise und die langen Listen. Es ist unmöglich für den einzelnen Kandidaten, solche Riesenschlachtfelder zu bearbeiten, außerdem ist es auch nachteilig, daß ein an später Stelle gewählter für die Sünden seiner Vormänner durch Nichtwiederwahl büßen muß, während der eigentlich Schuldige wiedergewählt wird. Mit den langen Listen tritt auch das Bestehen einzelner Interessentengruppen hervor, auf der diese vertreten zu sein. Dies Bestreben ist um so stärker, je länger die Liste ist.

fürste u. a. aus: Von dem System der Unterordnung seien die wirklich fähigen Leute abgetrennt worden und es habe sich in der Verwaltung eine

Auswahl der Korrekten Mittelmaßigkeit

herausgehoben. Die neue Zeit mache es aber erforderlich, daß tüchtige Männer in die Verwaltung kämen.

An der Aussprache betonte Sekretär Benzel die Möglichkeit mittlerer Beamten zu höheren Beamten heranzubilden. Die nötigen theoretischen Kenntnisse könnten die zu befördernden mittleren Beamten durch Verwaltungsalademien erlangen, die in Staatswissenschaft und Verwaltungsrecht, Volkswirtschaft usw. zu unterrichten hätten. Genosse Dr. Löwe führte aus, die Angehörigen der freien Berufe, die sich nicht in Beamtenstellungen oder in diesen gleichgeordneten Stellungen befinden, seien nicht mehr bereit, in ihrer passiven Haltung gegenüber den Beamten zu verharren.

Die Frage der Befähigung

musse auf Grund der freien Konkurrenz von Affessoren und Richtassessoren aufgebaut sein. Die Beamten sollten sich mit den Angehörigen in Verbindung setzen, um offen über die kritischen Fragen zu sprechen.

Genosse Lüdemann forderte, daß man in dieser Angelegenheit zum Ausdruck bringe, daß mit dem 1. November 1918 eine neue Zeit herangebrochen sei, die auch in dem Anstellungsverhältnis der Beamten Neuerungen gebracht hat.

Im weiteren Verlauf der Debatte meldete sich auf die Aufforderung Dr. Löwes lediglich der Vertreter des preussischen Kultusministeriums und erteilte einige Auskünfte über die Entwurfung der Beamtenausbildung an seinem Ministerium.

Nach weiterer Diskussion nahm die Versammlung

Resolutionen

an, aus denen wir folgendes wiedergeben: Für den Eintritt in die höhere allgemeine Verwaltung sind alle Studienschüler, deren Gesamtstand für die Verwaltung von Bedeutung ist, mit gleichem Rechte zulässig. Die Bewerber werden auf Grund einer Verwaltungsprüfung angenommen, welche die abgelegten Berufsprüfungen ergänzt. In die höheren Stellen aller Verwaltungszweige sind auch Personen jeder Vorbildung, die durch Leistungen ihre Eignung nachgewiesen, zu berufen.

Von Sekt und Unterständen.

Ein Beitrag zur „Erdolchten Front“.

In der „Deutschen Tageszeitung“ entrollt sich ein Major von Heple darüber, daß wir angefangen haben, in fortlaufenden Schilderungen auf die wahren Schuldigen der Fronterdolchung hinzuweisen. Natürlich ist alles, was wir veröffentlichen, nur „Einzelfall“. Wir können Herrn Major v. Heple zu seiner Beruhigung mitteilen, daß bei uns das Material noch bergehoch liegt und täglich durch neue Zuschriften aus unserem Leserkreis ergänzt wird. Nur der leidige Raumangel verhindert uns, das ganze in unserem Besitz befindliche Material zu veröffentlichen.

Herr v. Heple versuchte aber auch eine Entlastungsoperation, indem er sich bemüht, Gegenbeispiele für tüchtiges Verhalten beizubringen. Wir wollen sie unseren Lesern nicht vorenthalten. Hier gleich das erste:

Der Chef des Generalstabes des Feldheeres, von Koltke, verbot beim Ausrücken, daß im Großen Hauptquartier Sekt getrunken wurde. Es sei nicht richtig, hinter der Front zu schlummern, während die Truppe vorne darbe. Nebenbei bemerkt: unseren Truppen im Westen erging es zu jener Zeit alkoholisch so gut, wie wohl nie wieder im Leben. In Sommers und Mouton Rothschild war zu jener Zeit an der Front kein Mangel.

Wirklich rührend! Im Großen Hauptquartier hat man sich den Sekt verkniffen! Auf wie lange, darüber Schweigt Herr v. Heple! Was er übrigens über die in Sommers und Mouton Rothschild schimmernde Front erzählt, das wird bei jedem Frontsoldaten nur frohliches Gelächter hervorrufen. Herr v. Heple verwechselte einmal wieder Offiziere und Mannschaften. Doch wir wollen ihm gleich mit einem Gegenbeispiel dienen, zwar nicht vom Beginn, aber vom Ende des Krieges. Herr G., Berlin SW. 68, schreibt uns:

Am 14. Oktober 1918 lieferte die Schweizer Leder-Import-Gesellschaft in Basel an das A. O. A. 10 in Wilna 99 021 Flaschen französischen Sekt (nicht demaischen) zum Preise von 28 Franken die Flasche (nach dem damaligen Kurs 56 Mark), Gesamtwert 277 256 Franken. Der Champagner war natürlich nicht für die Mannschaften bestimmt. Wann hätten Mannschaften je französischen Champagner zu trinken bekommen, selbst die Schwerkranken bekamen höchstens ganz wenig deutschen Sekt. Aber diese Versicherung geschah in Deutschlands schwerster Sektstunde, damit die Führer in der Etappe „feuchter“ blieben. Mehr als eine halbe Million (nach heutigem Kursstand schon 5 Millionen) drei Wochen vor der Revolution ausgegeben für Offizierschampagner!

Ein weiteres Beispiel des Majors v. Heple:

Der Kommandeur der 5. Res. Div., Generalleutnant von Dietrichshofen, verbot, daß der Divisionstab auch nur ein einziges Brot zum Ausbau seiner Unterstände anforderte, bevor die Truppen ihre Quartiere völlig ausgebaut hatten.

Was nachher geschah, sagt Herr v. Heple nicht. Aber wir wollen ihm auch hierüber einige Berichte zukommen lassen:

Herr A. R. in Friedrichsfelde berichtet von seinen Erfahrungen beim Pionier-Bataillon Nr. 8: Wir werden verlegt. Da die Quartiere in unserem neuen Aufenthaltsort von der Infanterie besetzt sind, müssen wir uns mit eingestelltem Unterständen begnügen, aus denen wir weiß das Wasser herauspumpen müssen, ehe wir hineingehen können. Die Offiziere haben gute Quartiere, aber ihnen nicht gut genug. Gleich am nächsten Tage nach unserer Ankunft wurden sämtliche Tischler, Maurer usw. verlangt, die anfangen mußten, für die Offiziere Quartiere zu bauen. Natürlich ein Kasino noch extra. Dafür war Material vorhanden, aber keine Arbeiter zur Ausbesserung der Mannschafthäuser. Das Kasino kam auf etwa 80 000 Mark zu stehen, aber nur für Materialien, die Arbeitskraft war ja gratis!

Genosse A. S. schildert ähnliche Vorgänge. Personen der Handlung: 14. Armierungsbataillon, 1. Kompanie, Schuplay: Nordfrankreich vor La Bassée.

Für die Offiziere des Winterdepots (Vorratshaus) wurden feste Häuser im Billehüll-Famentfundamente, bombensicherer Keller mit Vatten gebaut. Die Inneneinrichtung des Hauses bestanden Berufsrichter nach vornehmen Entwürfen aus bestem Material (Eiche, Mahagoni usw.) her. Zehntausend Ruben zur Wandbehangung wurde vom Armeedepot angefordert und geliefert. — Wir lagen in Billehüll, die auf dem La Bassée-Kanal festgemacht waren und in deren Kaminen oft noch der Eigentümer hauste.

So könnten wir jedes Beispiel dieses Herrn durch Dutzende von Gegenbeispielen widerlegen. Herr Heple stellt an uns die Frage, wie denn bei solchen Führern, wie wir sie schildern, das Heer so lange hätte aushalten können. Wir haben nie behauptet, und unsere eigenen Darstellungen ergeben das, daß alle Führer in dieser Weise gehandelt hätten. Aber es war das System des alten Militarismus, das die Ueberhebung und Ehemererei in Disziplinarstrafen hochschätzte, und eben dieses System hat ja im Enderfolg zum Zusammenbruch geführt.

Prozeß Erzberger-Helfferich.

Die heutige Verhandlung wurde um 9 1/2 Uhr vom Landgerichtsdirektor Baumhach eröffnet, der sofort dem Rechtsbeistand Erzbergers, Geh. Justizrat v. Gordon, das Wort erteilte.

Das Räuber-Geheimrats-Gordon.

Seine Herren Richter! Der Herr Verteidiger des Angeklagten hat gestern im Ton des Stillestellers und der alten Propheten über die hohe neue Zeit „Wehe! wehe!“ gerufen. Leider hat er vergessen hinzuzufügen, daß die Sünden unserer Zeit ein Erbteil derer sind, zu denen während des Krieges der Angeklagte als ein an der Spitze unseres gesamten Wirtschaftslebens stehender gehört hat. Der Herr Vorsitzende hat darauf hingewiesen, daß durch Leidenschaftlichkeit in diesem Prozeß nichts erreicht wird. Ich will daher ganz ohne Leidenschaft die Dinge hinsetzen, wie ich sie sehe.

Der wichtigste Fall, auf den wir immer den größten Nachdruck gelegt haben, ist

der Fall Thussen.

Der alte Herr Thussen hat uns, bei einem Besuch geschildert, wie der Ausgang des Krieges von der Erzbergerorgung abhängig war, die also wichtiger war als alle anderen Momente. Da der alte Thussen ein Katholik ist, kam hierfür das Zentrum in Betracht, und er sagte daher den Gedanken, die Zentrumspartei zu „industrialisieren“ und ihr Verbindnis für diese Fragen zu erwecken. Der Oberstaatsanwalt und Dr. Alsdorf sind zu dem Ergebnis gekommen, daß es überhaupt bedenklich sei, wenn ein Parlamentarier, der vorher in feiner Weise dem Gewerbetreiben angehört habe, in einem Konzern eintritt. Ich bin der Ansicht, daß wenn die Grundzüge, die Sie entwickeln, auf die Praxis angewendet werden, kein Parlament in der ganzen Welt bestehen würde, das gegen diese Grundzüge nicht verstoße. Wir haben nichts davon gehört, daß die Wähler von Weiblich damit unzufrieden waren, daß Erzberger in einen Aufsichtsrat eingetreten ist.

In längeren Ausführungen suchte Geheimrat v. Gordon dann nachzuweisen, daß es heilbringend sei, wenn große Interessentkreise und Gruppen im Parlament vertreten sind. In dieser

Welt von Menschen und nicht von Engeln

ist es durchaus notwendig, daß die Interessen der einzelnen Berufsgruppen energisch im Parlament vertreten werden. Es ist doch für einen Menschen von Einfluß nicht möglich, diesen Einfluß in der Garderobe abzulegen und ohne ihn in das Amtszimmer der Verbände einzutreten. Der Redner schildert dann eingehend die Tätigkeit Erzbergers für den Thussen-Konzern und kommt zu dem Schluß, daß das Eintritten Erzbergers für Thussen „tip-top“ gewesen sei. Das Eintritten Erzbergers für die Bewilligung der Ausfuhr von Schutzschilden für Thussen ist ebenfalls erwähnenswert. Als der Legation ihm die Unmöglichkeit der Erfüllung dieses Bundes vortrug, hat Erzberger diese Gründe anerkannt und sofort erklärt, daß die Sache für ihn erledigt sei.

(Schluß in der Morgenausgabe.)

Wirtschaft.

Bäuerliche Beispielswirtschaften.

Die ostpreussische Landwirtschaftskammer richtete in Friedenszeiten mehrere bäuerliche Beispielswirtschaften ein, damit, daß sie mit kleinen Landwirten, die als tüchtige Wirtschaftler bekannt sind, Verträge abschließt, durch welche die Befugter sich verpflichten, ihre Betriebe für die Dauer einer Rotation (einige Jahre) der Oberleitung der Landwirtschaftskammer zu unterstellen, insbesondere nach einem bestimmten, von der Kammer vereinbarten Plane zu wirtschaften, auch zu führen und berechnen mehr, während die Landwirtschaftskammer ihrerseits die Beispielswirtschaften in allen Fragen der Betriebsführung mit Rat und Tat unterstützt. Hier ist der betriebswirtschaftliche Erfolg das ausschlaggebende Moment. Die gewonnenen Ergebnisse dienen für die Praxis unmittelbaren Wert. Im Jahre 1918 hat sich die Landwirtschaftskammer für die Provinz Posen entschlossen, 12 bäuerliche Beispielswirtschaften auf die Dauer von 5 Jahren einzurichten; auch in Brandenburg bestehen bereits 14 Beispielswirtschaften, ihre Erweiterung auf jeden Kreis wird angestrebt. Jetzt ist seitens der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Rassel ebenfalls geplant, dergleichen Einrichtungen zu treffen. Gossentlich folgen andere Provinzen und Länder diesem vorbildlichen Beispiel bald nach!

Landwirte, heizt das Saatgetreide. Gerade in diesem Jahre ist der Schutz des Saatgutes gegen Brandgefahr zur Sicherung der Ernte ein dringendes und zwingendes Gebot der Stunde. Kein Landwirt sollte ungeheizte Saat! keine sie auch äußerlich gesund, verwenden! Die verhältnismäßig geringen Kosten stehen zu dem möglicherweise eintretenden Schaden in keinem Verhältnis. Kostenfreie Auskünfte erteilen die Landwirtschaftskammern und die Hauptstellen für Pflanzenschutz.

Die Streichholzschachtel als Palastmönch. Nach dem Gesetz vom 20. Septbr. soll spätestens bis 31. März 1921 das Zündholzmonopol eingeführt werden. Der Kampf gegen dieses Monopol soll nun mit der Zündholzschachtel geführt werden, die nebenstehenden Aufdruck erhalten soll. Die unter der freien Wirtschaft eingetretenen Verhältnisse sind derartig unerhört und unerträglich, daß wir nur wünschen können, recht bald zum Staatsmonopol zu kommen, das uns allein eine gerechte Verteilung billiger Zündhölzer wird bringen können.

Das Zündholzmonopol droht!

das heißt: Fortsetzung der Zündholzfabrikation und damit der Bate. Vernichtung der kleinen Betriebe, Verelendung der Arbeiter, denen andere Arbeit verschlossen oder die unwirksam dazu sind.

Hausfrauen, wehrt Euch!

Groß-Berlin

Die wern och uff'n Kopp jespuckt!

In der gestrigen Berliner Stadtverordnetenversammlung hand bekanntlich die Erhöhung der Gemeindecinkommensteuer auf 350 Prozent zur Debatte. In der Debatte erklärten sich Unabhängige und Demokraten gegen diese neue Steuererhöhung; jene aus demagogischen, die anderen aus kapitalistischen Gründen. Trotzdem wurde die Steuererhöhung mit 51 gegen 30 Stimmen bewilligt.

Bei der Abstimmung rief ein Tribünenbesucher in den Saal: „Det sind Arbeitervertreter, die Mehrheitssozialisten, den werden wir heimgucken bei die nächste Wahlen — mit doppelter Lohnung.“ Ein Fremder, der neben ihm stand, gab ihm zur Antwort: „Wenn die Unabhängigen in der Stadtverordnetenversammlung 48 Vertreter haben und die Demokraten 20, dann sind das 68 Stimmen. 30 wurden aber nur gegen die Vorlage abgegeben, wo sind da die „Arbeitervertreter“, die Unabhängigen geblieben? Sie hätten mit den Demokraten die Vorlage zu Fall bringen können — wenn sie alle begreifen wären.“ — „Ja, die wern' wir och uff'n Kopp jspucken“, war die Antwort des eifrigen Zwischenrufers.

Vielleicht bringen sich die Freunde des Herrn Wehl in Zukunft Regenschirme mit — man kann nicht wissen, nach alledem, was man schon erlebt hat — — —

Die „Unpolitischen“ Demokraten sich

Zu den Elternbeiträgen.

Was bei den Elternbeitragswahlen die „Unpolitischen“ wollen, muß jeder Einsichtige auf den ersten Blick erkennen. „Unpolitisch“ nennen sie sich, sie sind aber deutsch-national und strenglich — und diesen Charakter möchten sie auch der Schule erhalten wissen. Gerade die ungeschickten „Unpolitischen“ wollen ihre Parteipolitik in die Schule hineintragen, und mit aller Rücksichtslosigkeit würden sie in den Elternbeiträgen für ihre Ziele wirken, wenn Möglichkeit unserer Wählerkraft ihnen die Möglichkeit überläße.

Einen Blick in die Seele der „Unpolitischen“ gehalten und eine Zuckerei, wie von der „Deutschen Tageszeitung“, dem mit Gott — den besetzten König und für immer noch höhere Lebensmittelpresse kämpfenden Agrarierorgan, wiedergegeben wird. Wir lesen da:

„An verschiedenen Schulen, namentlich an den höheren, hat man versucht, eine einheitliche, sogenannte unpolitische Kandidatenliste zusammenzustellen. Bei dieser Arbeit sind die Herren Sozialdemokraten heider Schattierungen besonders rührig und darauf bedacht gewesen, ihre Parteigenossen möglichst an bevorzugter Stelle in die unter unpolitischer Flagge jagende Kandidatenliste hineinzubringen, um somit die Elternbeiträge sich zu erobern und für ihre Zwecke auszunutzen. Nach erfolgter Wahl werden sich aber die Herren voraussichtlich doch darauf besinnen, daß sie im Hauptamt zeitbewußte Parteimänner sind. Unter diesen Umständen ist es für die christlich-national gesinnten Eltern ein Unbild, die Kandidaten der sogenannten unpolitischen Liste zu wählen, weil dadurch unsere christlich-nationale Schule erheblich gefährdet wird. Beim Erkennen dieser Sachlage sind an mehreren Schulen besorgte Eltern dazu übergegangen, neue Kandidatenlisten, und zwar solche christlich-national denkender Männer und Frauen aufzustellen und dem Wahlstand der betreffenden Schule zuzustellen. Eltern, die verhindern wollen, daß das Gemüt ihrer Kinder durch Parteigeist und Klassenhass in der Schule vergiftet wird, und daß unteren Kindern die christlich-deutsche Schule erhalten bleibt, dürfte es am Tage der Wahl nicht schwer fallen, zu entscheiden, für welche Liste sie ihre Stimme abgeben wollen. Es ist aber notwendig, daß jedes Elternpaar sein Wahlrecht auch tatsächlich ausübt.“

Wir wissen nicht, welche Schulen der Verfasser dieses Herzogs-ergriffes meint, und ob seine übrigens etwas konfuse Darstellung zutrifft. Aber was er da schreibt, verdient Beachtung wegen des Bekenntnisses der Furcht vor einer wirklich unpolitischen Kandidatenliste, in der Personen aus allen Parteien vereinigt wären. Er läßt die Masse der angeblich „Unpolitischen“ und geht ein, daß keine seiner Rüstung nur christlich-national denkende Männer und Frauen wählen können. Das sollte unsere Wählerkraft sich gesagt sein lassen! Sie sollte daran die Lehre ziehen, daß auch sie am Tage der Elternbeitragswahlen risikos ihre Pflicht zu tun hat, um möglichst große Stimmenzahlen auf die mehrheitssozialistischen Kandidatenlisten zu vereinigen.

Man muß bedauern, daß die Kandidatenlisten für die Elternbeitragswahlen nach parteipolitischen, fast nach lediglich chauvinistischen Gesichtspunkten aufgestellt worden sind. Aber unsere Gegner, die von rechts und die von links, haben es so gewollt, daß bei der Elternbeitragswahl die Parteipolitik entscheiden soll. Wäre nur die Wählerkraft dafür sorgen, daß die Schule nicht reaktionären Schleichern, aber auch nicht radikal tendenden Schreibern ausgeliefert wird. Eltern, stimmt nicht für die „Unpolitischen“, und auch nicht für die Unabhängigen, sondern für die Mehrheitssozialdemokraten!

Besondere Heimkehrer-Kurie.

Shanghai Taal 120, Shanghai Dollar 20, ein mexikanischer Silberdollar 48,50. — Die französischen Rantinen-Bonds werden nicht mehr eingelöst.

„Soll und Zeit“, unsere illustrierte Wochenchrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

Jobanisthal. Die Elternbeitragswahl findet Sonntag 9—4 Uhr im Schulsaal, Kaiser-Wilhelm-Str. 4/5 (vorm. v. Trübschens Grundschule), statt. Alle Parteigenossen und „Vormittels“-Lehrer werden aufgefordert, unserer Liste, angefangen Heider Wilhelm Krüger, ihre Stimme zu geben. Die Parteigenossen treffen sich zur Wahlarbeit vormittags 9 Uhr im Schloß Otto Senffleben, Friedriehstraße. Regere Beteiligung wird erwartet.

Petershagen a. d. Ostbahn. Julius Iffenswasser ist von seinem langjährigem schweren Lungenleiden am Montag, den 1. März, durch den Tod erlöst worden. Mit ihm scheidet ein Mann aus unseren Reihen, der stets für die Idee des Sozialismus gekämpft hat. Seine letzte Kraft setzte er ein bei dem Versuch, eine Einigung der beiden hiesigen sozialdemokratischen Parteien herbeizuführen, leider erfolglos. Wir werden seiner in Ehren gedenken. — Auch die Redaktion des „Vorwärts“, der Iffenswasser stets ein pflichttreuer Mitarbeiter war, wird dem tapferen Genossen ein dauerndes Gedenken bewahren.

Die Verdrigung findet Sonntag, den 7. März, nachmittags auf dem Petershagener Gemeindefriedhof statt. Die Parteigenossen treffen sich um 2 Uhr im Restaurant „Vollrad“, früher „Kunisch“, Genrichendorfer Straße. Vollständiges Erscheinen wird erwartet.

Und technischer Angehörigen und Beamten, Ortsverwaltung Züsch. Freitag 7 Uhr: Mitgliederversammlung, Reichsberger Hof, Reichsberger Str. 147.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Berlin. Die Vollmehlsorten für April werden in Berlin auszugeben für Kinder im 1. und 2. Lebensjahre am 8. und 9. März, für Kinder im 3. und 4. Lebensjahre am 10. und 11. März, für Kinder im 5. und 6. Lebensjahre am 12. und 13. März. Den Haushaltungen, denen Karten für verschiedene Altersstufen zugehen, sind sämtliche Vollmehlsorten an einem Tage auszubehngen. Die April-Karten sind bis zum 23. März den Kleinkindern vorzulegen. Mehr mittelstehende Mengen über 1 1/2 und 1 Pfund werden mit den Vollmehlsorten veranschlagt.

Steglin. 500 Gramm Haselnüsse, 500 Gramm Weizenmehl, 500 Gramm Reis und 500 Gramm Leinölwaren als Zusatznahrungsmittel.

Stralau. Am 11. März 125 Gramm Haselnüsse (8). Die Ration ist bis Sonntag in den Geschäften abzugeben.

Jugendveranstaltungen.

Neulöh. Heute 1/3 Uhr Jugendheim, Rogalstr. 68, Mitgliederversammlung.

Bildungsveranstaltungen.

Bildungsausschuß Groß-Berlin.

6. Kunstabend „Soziale Zeichnungen“. Sonntag, 7 Uhr: Aula des Gymnasiums zum Grauen Kloster, Klosterstr. 74. Mitwirkende: Herr Dr. War Pöschel, Fel. Margarete Herrsch, Winterkisten a 1 U. bei den Arbeitern, Fel. Engelstein 15, Buchhandlung „Vorwärts“, Lindenstr. 2 und im Bureau des Bildungsausschusses, Lindenstr. 3, II. Hof IV, Zimmer 10.

Legien. Wir verweisen die Genossen nochmals auf die Märchenverleugung am Montag 5 1/2 Uhr in der Oberrealschule, Wilhelmsstr. 80, an der Rufe und bei den Begünstigten.

Groß-Berliner Parteinaufrichten.

3. Abt. Sonnabend 7 1/2 Uhr, bei Schneider, Köpenicker Str. 5: Sitzung der Betriebsverordneten, Bezirksleiter mit dem Abteilungsvorstand. **Sanderberg.** 8. Abt. Sonnabend, 1/3 Uhr, bei Groß, Sedanstr. 17: Junglingsabteilung. Referent: Genosse Franz Gsiminski.

